

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe Oktober 2008 (Nr. 10/08)

Kommt der große Finanz-Crash?

Die Welt hält den Atem an. Die globale Finanzkrise, die die sogenannten Experten schon ein paar Mal für beendet erklärt haben, scheint jetzt erst richtig anzufangen. Reißen die Zocker uns alle in den Abgrund?

Die globalisierte Finanzwelt hat ihren hausgemachten „11. September“ erlebt. Die Welt wird danach nicht mehr so sein wie vorher, mahnt Finanzminister Steinbrück.

Das klingt nicht zufällig nach den Reaktionen auf den Anschlag auf das World Trade Center vor sieben Jahren. Rezession, Arbeitslosigkeit und Inflation gehören zu dem Preis,

den wir alle für die Gier einiger weniger bezahlen müssen. Die Deutschen sorgen sich um ihr Erspartes. Fast ein Drittel fürchtet, daß die Spargroschen nicht mehr sicher sein könnten. Steinbrück und CDU-Fraktionschef Volker Kauder tun diese Ängste als unbegründet ab. Doch das Mißtrauen bleibt – zu oft schon haben Politiker voreilig abgewiegelt und die Augen zugemacht.

Das selbstgefällige Deuten mit den Fingern auf das Chaos an den amerikanischen Finanzmärkten sollte uns nicht vergessen lassen, daß die Finanzkrise auch in Deutschland schon zig Milliarden Euro Steuergelder gekostet hat. Geld, das vor allem von gierigen und dilettantischen Staatsbankern verzockt wurde, die von ebenso unfähigen Politikern in den Aufsichtsgremien ungenügend kontrolliert wurden.



Foto: pixelio.de

Das muß Konsequenzen haben. Brauchen wir wirklich öffentlich-rechtliche Landesbanken als Politikerversorgungsanstalten?

Notwendig sind vor allem klare Spielregeln und strenge Kontrollen der Finanzmärkte. Die Bankenaufsicht hat nicht nur in Amerika versagt, sondern auch bei uns. Die Zockerspiele müssen ein Ende haben.

Geld kommt nicht aus der Luft durch waghalsige und undurchsichtige Jonglier-Kunststücke, es vermehrt sich durch harte Arbeit, diszipliniertes Sparen und kluges Anlegen und Investieren, das Werte schafft und nicht Spekulationsblasen. Erst wenn dieser Mentalitätswandel in den Köpfen stattfindet, wird es wieder aufwärts gehen.



Was ist soziale Gerechtigkeit?

Ob CDU oder CSU, FDP oder SPD – alle führen sie die Attribute „sozial“ oder „demokratisch“ oder beide im Parteinamen. Zu Recht?

Es ist weder sozial noch demokratisch, wenn man zuläßt, daß windige ausländische Finanzrabauken gesunde deutsche Firmen aufkaufen, sich die Filetstücke herauspicken und den Rest in die Insolvenz schicken. Zu Tausenden werden Angestellte und Arbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen und fallen ungewollt der Allgemeinheit zur Last.

Kann es sich Deutschland wirklich leisten, kostbare Arbeitskraft und Wissensressourcen brachliegen zu lassen? Ganz zu schweigen vom wirtschaftlichen Desaster, vor dem ganze Familien oftmals von heute auf morgen stehen. Unter diesen

Bedingungen ist es nahezu unmöglich, eine normale Familie zu gründen, wie sie sich die Mehrheit der Deutschen noch immer wünscht.

Ist es sozial und demokratisch, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach über vierzig Jahren im Beruf oftmals mit Renten abgespeist werden, die ein Leben in Würde nicht zulassen?

Ist es sozial, wenn sich Manager und Vorstandsvorsitzende die Taschen vollstopfen, ihr oftmals unverdient erworbenes Geld dann ins Ausland transferieren und ihr „Humankapital“, sprich Angestellte, Arbeit-

rinnen und Arbeiter, einfach im Regen stehen lassen?

Und nicht selten haben sie diese noch vorher verraten und die Firmen an fragwürdige ausländische Finanzdienstleister verhöckert.

Bei alledem schauen unsere Volksvertreter tatenlos zu, ohne auch nur einen Finger zu rühren. Das deutsche Sozialsystem ist durch das Versagen der Regierungen aller Couleur auf dem Abstellgleis gelandet. Deswegen ist es höchste Zeit, einen Umschwung einzuleiten!

Johann Gärtner

MünteMeier läßt grüßen

In ihrer Not versucht es die SPD jetzt mit „Vorsitzenden-Recycling“. „Münte“ soll es noch einmal machen und Außenminister Steinmeier wird als Kanzlerkandidat verheizt. Beck ist endgültig weg und grummelt über „Intrigen“ im „Wolfsrudel“ der Bundes-SPD.

Der putschartige Wechsel im SPD-Vorsitz vom überforderten Kurt Beck zum schon einmal gescheiterten Franz Müntefering zeigt das Ausmaß der Misere der deutschen Sozialdemokratie, aber keinen Ausweg aus der Krise. Jetzt hat die SPD einen Vorsitzenden, der schon einmal vom linken Parteiflügel schachmatt gesetzt wurde, und einen Kanzlerkandidaten, der sich nicht traut, den Parteivorsitz zu beanspruchen, weil er als Schröder-Mann und Agenda-Architekt von vornherein nicht damit rechnet, die Mehrheit der Genossen hinter sich zu haben.

Weder Franz Müntefering noch Frank-Walter Steinmeier haben die Autorität, einen klaren Abgrenzungskurs zur sogenannten „Linkspartei“ samt ihren SED-Betonköpfen und linksextremen Sektierern durchzusetzen.

Die Ypsilantis, Wowereits und Nahles laufen sich schon warm, um ihn nach dem absehbaren Wahldebakel im nächsten Jahr zu beerben und die frühere Arbeiterpartei in die Einheitsfront mit den Kommunisten zu treiben.

GLÜCKLICHES ÖSTERREICH

Unsere Nachbarn in der Alpenrepublik können sich glücklich schätzen: Österreich hat mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ) eine starke Interessenvertretung der Bürger im Parlament, die sich nicht um politisch korrekte Tabus und Denkverbote schert und offen ausspricht, was falsch läuft: Verfehlte Einwanderungspolitik, Islamisierung, Entmündigung durch die EU und die abgehobene Arroganz der Altparteien.

Der Wahlerfolg der FPÖ bei den Nationalratswahlen, in denen die Freiheitlichen ihren Stimmenanteil auf 18 Prozent verbessern konnten und wieder zur drittstärksten Kraft im Parlament wurden, ist nicht nur für die Österreicher, sondern für alle Europäer eine gute Nachricht. Der Bundesvorsitzende der Republikaner Dr. Rolf Schlierer übermittelte dem Bundesobmann der FPÖ Heinz-Christian Strache die Glückwünsche seiner Partei.

Kommentar ...

Die Schuldenmacherei geht weiter

Ein Armutszeugnis hat die große Koalition mit dem Haushaltsentwurf für 2009 abgeliefert: Trotz Rekord-Steuereinnahmen werden immer noch neue Schulden gemacht. Die Zukunft unserer Kinder und Enkel wird verfrühstückt.



60 Milliarden Euro mehr als zu Beginn der Legislaturperiode werden 2009 in die Bundeskasse fließen – die Einnahmen sind von 190 auf 250 Milliarden Euro gestiegen. „Eine Steuerinflation von über dreißig Prozent innerhalb nur einer Legislaturperiode“, schimpft der Bund der Steuerzahler. Und trotzdem ist die Neuverschuldung im selben Zeitraum nur um zwanzig Milliarden Euro gesunken: 2009 will der Bundesfinanzminister immer noch 10,5 Milliarden Euro neue Schulden machen, gerade mal 1,4 Milliarden weniger als in diesem Jahr. Die Hälfte davon geht für Mehrausgaben gegenüber dem Haushalt 2008 drauf. 42 Milliarden Euro wird der Bund 2009 allein für Schuldzinsen bezahlen müssen. Da können sich Rote und Schwarze noch so sehr selbst beweihräuchern – Haushaltskonsolidierung sieht anders aus. Zumal die Zeiten schlechter werden, die Steuereinnahmen auch wieder sinken und die Arbeitslosenzahlen steigen können. Vorsorge, Voraussicht? Fehlanzeige! Im Gegenteil, die Bürger bekommen immer noch eines draufgepackt. Sachsen-Anhalts SPD-Finanzminister Bullerjahn hat die Katze aus dem Sack gelassen: Für die Bildungsinvestitionen, die SPD und Union gemeinsam planen, müssen demnächst mal wieder die Einkommensteuer und die Mehrwertsteuer erhöht werden. **Die sogenannten Volksparteien spielen Kuschelpolitik, der Bürger muß dafür bluten. Schon mal vormerken: Im nächsten Jahr wird wieder gewählt!**

Peinliche Volksvertreter

Immer wieder peinlich: Deutsche Großkotze im Ausland. Zum Beispiel die Delegation des Gesundheitsausschusses des Bundestags, die auf Steuerzahlers Kosten eine Ferienreise nach Kalifornien unternahm und dabei dem deutschen Konsul und den amerikanischen Gastgebern auf die Nerven ging.

Schon im Vorfeld hatte man den Generalkonsul gebeten, das Programm doch „bitte nicht mit inhaltlichen Terminen zu überfrachten“ und „genug Zeit zur freien Verfügung“ einzuplanen und am besten auch gleich eine Liste „von Theater- und Konzertveranstaltungen und von Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere der Schuhgeschäfte“ zusammenzustellen.

Prompt wurde denn auch das einzige größere Gespräch mit US-Politikern von den Damen und Herren Abgeordneten kurzfristig abgesagt und statt dessen eine Besichtigungs- und Einkaufstour unternommen. Vorgeschobene Begründung: Es sei nicht die Sprecherin des Washingtoner Repräsentantenhauses, sondern „nur“ einer ihrer Mitarbeiter angekündigt gewesen. Sowie zwei Ausschußvorsitzende. „Wir legen schon Wert auf Augenhöhe“, nörgelte die Delegationsleiterin, die CDU-Abgeordnete Widmann-Mauz, die sich offensichtlich für den Bundestagspräsidenten hält.



Fragt sich nur, was die Gesundheits-„Experten“ in den USA, in denen es nicht einmal eine Krankenversicherungspflicht gibt, überhaupt erfahren wollten. Hoffentlich nicht, wie man amerikanische Verhältnisse bei uns einführt. Dann doch lieber Schuhe kaufen.

Parteibuchwirtschaft statt Gewaltenteilung

Schöffen sind ehrenamtliche Richter, die z. B. am Amtsgericht tätig sind. Doch wie wird man Schöffe? Das Auswahlverfahren, wie es in der nordrhein-westfälischen Stadt Herne praktiziert wird, läßt erhebliche Zweifel an der Qualifikation sowie der Unabhängigkeit der Auserwählten aufkommen.

Zunächst haben die Parteien im Rat die Möglichkeit, Kandidaten für die Schöffenposten zu benennen. Wer das richtige Partei-buch besitzt, hat also gute Chancen, Schöffe zu werden. Diese Vorschlagsliste, die doppelt so viele Vorschläge wie zu wählende Schöffen enthält, wird vom Rat der Stadt beschlossen. Damit besitzt die Politik eine zweite Einflußmöglichkeit, denn die Kandidaten von kleinen Parteien können dabei herausgewählt werden.

Sodann wird ein Ausschuß gebildet, der die Hälfte der Vorgesetzten ausselektiert. An ihrer Stelle schlägt der Rat Personen aus seinen Reihen vor. Gleichzeitig hat er dann auch noch über die Wahl der vorgeschlagenen Personen abzustimmen.

Das bedeutet, daß die Politik gleich vierfach auf die Wahl der Schöffen Einfluß nehmen kann. Die Gewaltenteilung bleibt bei diesem Verfahren auf der Strecke. Bei der Schöffenwahl 2008 in Herne waren die Republikaner die einzige Fraktion, die sich gegen diese Parteibuchwirtschaft und für eine echte Gewaltenteilung eingesetzt und den Mißstand kritisiert hat, daß die Verfilzung von Politik und Justiz in der Kommune bei der Schöffenwahl anfängt und bei der Besetzung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes aufhört. Anscheinend sind die Republikaner doch die besseren Demokraten.

Arnd Schubeus

Schweineschnitzel oder islamische Gesinnungsdiktatur?

Meist findet die alltägliche Kapitulation vor der Arroganz der Islamisten in aller Stille statt. Wer die Dinge an die Öffentlichkeit zu bringen versucht, muß damit rechnen, selbst in die Ecke gestellt zu werden.

Erfreulicherweise ist jetzt der Arbeiterwohlfahrt beim Abfassen eines Rundbriefes im Zusammenhang mit der Übermittagsbetreuung an der Albert-Schweizer-Realschule in Köln-Ostheim eine Panne passiert. Da wird die Verbannung von Schweinefleisch aus dem schulischen Raum im Zusammenhang mit dem warmen Mittagessen, an dem alle Schüler verpflichtend teilnehmen müssen, schwarz auf weiß dokumentiert: „Es wird darauf geachtet, daß kein Schweinefleisch gereicht wird.“

Das wirkt auf die Schüler selbstverständlich bewußtseinsbildend. Ihnen wird im öffentlichen Raum, der Schule, klargemacht, daß es nicht statthaft ist, Schweinefleisch zu essen – ein kleiner Triumph des Islam im deutschen Alltag. Das zugehörige Dokument belastet keinen Schüler und kann deshalb auch öffentlich gemacht werden.



Selbstverständlich ist es jedermanns gutes Recht, bei den Mahlzeiten auf Schweinefleisch zu verzichten. Oder überhaupt auf Fleisch. Möge ein jeder nach seiner Façon satt werden. Aber im Falle eines Mittagessens im öffentlichen Raum „Schule“, an dem alle Schüler, die an der Übermittagsbetreuung teilnehmen, verpflichtend teilnehmen müssen, ist es unstatthaft,

Schweinefleisch völlig aus den Mahlzeiten zu verbannen – aus offensichtlicher Rücksichtnahme auf die Gewohnheiten einer umstrittenen religiösen Minderheit mit Sitten und Gebräuchen, die von manchen Andersgläubigen subjektiv als seltsam empfunden werden.

Da ist die persönliche Entscheidungsfreiheit ausgehebelt, das Diktat des Islam setzt ein. Mitten im 21. Jahrhundert. Deshalb: Schweineschnitzel für jeden Schüler, dem es schmeckt!

Stefan Stritter

Der Banken-Skandal

Die internationale Finanzkrise hat Deutschland einen handfesten Banken-Skandal beschert. Im Mittelpunkt steht die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und ihre durch waghalsige Aktien-Zockereien verspielte Tochter, die Mittelstandsbank IKB.

Über neun Milliarden Euro mußte der Steuerzahler aus dem Staatssäckel und über die KfW aufbringen, um die IKB vor der Pleite zu retten. Anschließend wurde die sanierte Bank an einen ausländischen Investor verhökert. Nicht für 800 Millionen, die der Finanzminister sich vorgestellt hatte, nicht für rund 500 Millionen, die ein russischer Geschäftsmann geboten hatte, sondern für gerade mal 115 Millionen Euro.

Und das noch ausgerechnet an „Lone Star“, einen Finanzinvestor, der hierzulande vor allem als „Geier aus Texas“ bekannt wurde, weil er mehreren Banken Hypothekenkredite abkaufte und dann die Häuslebauer mit rüden Methoden um ihre Immobilie brachte. Zufällig sind die „Lone Star“-Chefs dicke Kumpel der finanzkrisengebeutelten Investment-Bank Merrill Lynch, die – warum eigentlich? – von der Bundesregierung mit dem Verkauf beauftragt wurde. Ein Skandal, der zum Himmel stinkt und nach einem Untersuchungsausschuß schreit.

Ebenso wie die Überweisung einer halben Milliarde an die bereits bankrotte US-Bank Lehman Brothers, die der KfW den Titel „Deutschlands dümmste Bank“ eingebracht hat. Die Transaktion wurde am Freitag genehmigt und ging am Montag um 8 Uhr 37 raus. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers

beherrschte da schon die Nachrichten. Aber der zuständige Verwaltungsrat tagte erst um 9 Uhr 20 – zu spät.

Schon klar: Lappalien, wie der drohende Verlust von 500 Millionen Euro, sind für einen Staatsbanker im öffentlichen Dienst noch lang kein Grund, am Montag mal früher ins Büro zu kommen. Ist ja nur das Geld der Steuerzahler.

Da gibt's im Grunde nur eine Konsequenz: Raus mit den unfähigen Politikern und Parteibuch-SpezIn aus den Versorgungsposten in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten der öffentlichen Banken!



Energiepreis-Wucher – Politik läßt die Bürger im Stich

Stehen unsere Wirtschafts-, Verbraucher- und Umweltminister auf den Gehaltslisten der Energieversorger? Man könnte es meinen, wenn man die Preistreiberei auf dem Energiemarkt und die Untätigkeit der Politiker verfolgt.

Vor allem die Ölpreisbindung der Gaspreise ist unverständlich. Sie stammt aus dem Jahre 1956, also aus einer Zeit, als es noch kaum Erdgasverbraucher gab. Sie ist auch nicht gesetzlich verankert, sondern lediglich eine internationale brancheninterne Vereinbarung zwischen ausländischen Produzenten und deutschen Importeuren. Früher diente sie der Sicherung von Investitionen im Bereich der Förderung und Leitung von Erdgas. Heute gibt es keine Begründung mehr für die Preiskoppelung zweier völlig unterschiedlicher Produkte. Genauso gut könnte man die Müllgebühren an den Goldpreis binden.

Schon aufgrund der langen Laufzeiten der Lieferverträge, die teilweise bis in das Jahr 2013 reichen, sind die ständigen Erhöhungen merkwürdig, denn bei einer langfristigen Bindung vereinbart man auch langfristig feste Preise. Entweder waren die Verhandlungspartner der anderen Länder schlauer oder schon damals haben deutsche Politiker mit Produzenten und Importeuren gemeinsame Sache in Form eines „Kartells“ zu Lasten der Bürger gemacht. Wie scheinheilig die Empörung der Politiker ist, beweist auch die Tatsache, daß gerade „der Staat“ die Preise noch in erheblichem Maße verteuert hat.

Der Steueranteil am Gesamtpreis wurde so von früher 28 Prozent auf nunmehr 41 Prozent angehoben. Die Erdgassteuer stieg zwischen 1990 und 2004 um rund 280 Prozent. Allein bei der letzten Erhöhung wurde die Erdgassteuer von rund 0,35 Ct/kWh auf 0,55 Ct/kWh erhöht. Das ist ein Plus von 57 Prozent. Diese Maßnahme bringt dem Staat jährlich über eine Milliarde Euro Mehreinnahmen, die die Verbraucher tragen müssen.

Seit dem 1. August 2006 gilt das neue Energiesteuerergesetz (EnergieStG) und ersetzt das Mineralölsteuergesetz, aber an den Steuersätzen hat sich danach nichts für den Bürger

verbessert. Zusätzlich auf diese Erdgassteuer zahlt der Bürger dann noch Öko- und Mehrwertsteuer.

Das alles haben wir der rot-grünen Regierung und der CDU-geführten großen Koalition zu verdanken. Das macht deutlich, daß die Bundesregierungen der letzten Jahre den Bürger und Steuerzahler nur noch als Melkkuh betrachten und der Bürger von diesen Politikern keine Hilfe erwarten kann. Es sei denn, es werden endlich andere Politiker in die Parlamente gewählt, die der Abzockermentalität ein Ende bereiten.

Grün-schwarze Offenbarungen in Hamburg

Affären mit den Grünen sind angesagt bei der Union: Baden-Württembergs Oettinger wollte es schon mal, Angela Merkel auch, Roland Koch würde schon gerne, wenn es ihm den Kopf rettet, und Ole von Beust macht's in Hamburg schon länger. Zu welchem Preis, haben die Bürger erst scheinchenweise und nachträglich erfahren.

Es gab Geheimabsprachen, in denen die Schwarzen den Grünen noch weitaus mehr Zugeständnisse gemacht haben, als im Koalitionsvertrag ohnehin schon festgehalten sind. Das wissen die geprellten Wähler aus einer Aktennotiz des inzwischen gefeuerten

Wirtschaftsstaatsrats Günther Bonz. Weitere Details können sie täglich in der Zeitung lesen. Nicht nur das Kraftwerk Moorburg wird dem Klimaschutzwahn des grünen Koalitionspartners geopfert; Investoren wie der Inhaber einer Möbelhauskette, die bereits eine Menge Geld ausgegeben haben, um der Hansestadt neue Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen zu verschaffen, werden den Grünen zuliebe mit der Rücknahme lange gegebener Zusagen vor den Kopf gestoßen. Dabei riskiert Hamburg auch noch deftige Schadensersatzforderungen.

Vom CDU-Wählen ist derzeit daher dringend abzuraten: Die Gefahr ist groß, daß man sich dafür eine lupenreine grüne Politik einfängt!

Kommentar ...

Volkseigene Betriebe für Kommissar Oskar

„Eigentum ist Diebstahl“, behauptete der französische Anarcho-Sozialist Proudhon im 19. Jahrhundert und forderte die „Enteignung der Enteigner“, also derer, die sich etwas erarbeitet haben. Familienunternehmer zum Beispiel. Auf die hat es auch der chaossozialistische Vordenker der „Linken“ abgesehen: Oskar Lafontaine.

Würde man das Eigentum von Unternehmern beschlagnahmen, wäre das ja in Wahrheit eine „Rückenteignung“, erklärte Kommissar Oskar im Bayern-Wahlkampf. Weil deren Vermögen ja den Arbeitern „weggenommen“ sei. Mit dieser Logik macht man aus mittelständischen Unternehmen, dem Motor der deutschen Wirtschaft, der die meisten Arbeitsplätze schafft, ineffektive sozialistische Staatsbetriebe. In der „DDR“ fing der Niedergang auch so an.

Aber Genosse Oskar braucht das Geld, um staatliche Wohltaten zu verteilen. 120 Milliarden Euro kämen zusammen, wenn man die Steuer- und Abgabenquote um fünf Prozentpunkte anheben würde – auf „europäischen Durchschnitt“, wie Lafo behauptet. In Wahrheit ist die Belastung der deutschen Bürger heute schon zwei Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt.

Doch nicht einmal sämtliche von Lafontaine geforderten Steuern zusammen würden reichen, um alle seine Ausgaberversprechen zu decken. Wer Lafontaine und die Kommunisten wählt, muß wissen, daß nicht „die Reichen“ dafür bezahlen sollen, sondern wir alle.

Vielleicht sollte man als ersten Schritt Lafontaines saarländische Protz-Villa, bekannt als „Palast der sozialen Gerechtigkeit“, konfiszieren und dort ein Museum der sozialistischen Mottenkisten-Ideen einrichten?



Lafontaines „Palast der sozialen Gerechtigkeit“ – ein Fall für die „Rückenteignung“?

Satire

Michel meint

...



Im Leben heißt es ständig lernen.
Wohin das führt, steht in den Sternen.
Mag sein, daß dieses Streben,
dem Wunsch entspricht, daß dieses Leben,
einst gar im Paradiese endet,
der Mensch ist ja genug verblendet,
um es sich freiweg zuzutrauen,
dem Herrgott in die Karten schauen
und dann der Welt den Garaus machen,
danach gibt es nichts zu Lachen.

Noch sind wir auf dem Weg nach Morgen,
doch wiegen schwer die vielen Sorgen,
wir tragen Dinge im Tornister,
als wären wir wohl gar Philister,
uns ist vor allem äußerst wichtig,
daß der Gewinn steigt und das richtig!
Das ist das Motto unsrer Tage,
und zweifellos die größte Plage.
Das Raffen ist heut angesagt,
die Gier ist 's, die fast alle plagt.

Der Staat ist hier nicht ausgenommen.
Selbst er kann nicht genug bekommen,
er macht zu Geld, was ihm beliebt
und achtet kaum, was man ihm gibt.
Doch auf eines ist Verlaß,
er weckt allmählich Wut und Haß.
Zumindest kann man es kaum fassen,
wie manche unser Geld verprassen.

Der kleine Mann erkennt mit Schrecken,
wie die da droben sich gegenseitig decken,
damit ihr Tun nicht offenkundig!
So lebt sich 's gut und das ist pfundig!
Doch wer da glaubt und für sich denkt,
dies sei auf Bonzen nur beschränkt,
der irrt gewaltig, in der Tat,
dies ist so usus heut im Staat.

Die Freiheit wird oft mißverstanden,
den Anstand macht man so zuschanden.
Wer rücksichtslos sein Leben lebt
und nur nach eig'nem Vorteil strebt,
der mag vielleicht gar viel erreichen,
wenn er ist unter seinesgleichen.
Doch außerhalb ist es dann besser,
er besitzt die langen Messer.
Wenn das des Lebens Sinn ausmacht,
na dann „Behüt Euch Gott“ und „Gute Nacht“!

Kampf gegen den Terror an der falschen Front

Anfang Oktober soll das Mandat der Bundeswehr-Truppen in Afghanistan vom Bundestag verlängert werden. Zeit für eine offene und ehrliche Diskussion über den Sinn und Unsinn dieses Einsatzes. Bei den Altparteien ist davon keine Spur zu entdecken.

Der deutsche Afghanistan-Einsatz hat die Welt ebensowenig sicherer gemacht wie der „Krieg gegen den Terror“, wie die USA ihn führen. Im Gegenteil: Das Land am Hindukusch versinkt in einem blutigen asymmetrischen Krieg, in dem das Auftreten der Amerikaner den Taliban noch in die Hände spielt. Das militärische Abenteuer von USA und Nato in Afghanistan ist gründlich gescheitert.

Deutschland wird sein Ansehen in der Welt und in dieser Region verlieren, wenn es sich noch weiter in dieses gescheiterte Abenteuer verstricken läßt. Bevor in Afghanistan nicht funktionierende Regierungs- und Verwaltungsstrukturen geschaffen sind und in erster Linie der Wiederaufbau des Landes in Angriff genommen wird, schadet eine Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr deutschen Interessen.

Im übrigen ist der islamische Fundamentalismus längst in unserem eigenen Land auf dem Vormarsch. Der Terrorismus kann nicht am Hindukusch bekämpft und in Deutschland schöngeredet werden. Es ist schizophoren,



wenn die Bundeswehr zehntausend Kilometer von zu Hause entfernt Taliban in Afghanistan jagt, während der Bundesinnenminister in Deutschland agierende Islam-Fundamentalisten regelmäßig zu gemeinsamen „Islamkonferenzen“ einlädt.

Der Islam paßt nicht mit dem Grundgesetz und westlichen Werten zusammen. Jeder Islamist ist eine Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie und muß ohne Ausnahme aus Deutschland und aus Europa ausgewiesen werden.

Geschlechter-Ideologen im Europa-Parlament



Unsere Europa-Parlamentarier haben offenbar nichts Wichtiges zu tun. Sonst hätten sie keine Zeit für unsinnige Beschlüsse wie diesen: „Geschlechterdiskriminierende“ Werbung, die beispielsweise Hausfrauen beim Wäschewaschen, Geschirrspülen oder Bügeln zeigt, soll künftig verboten werden.

„Sexistisch“ finden die Euro-Parlamentarier aber auch rasenmähende starke Männer. Und überhaupt alles, was nach Klischee riecht. Sollen also künftig nur noch Homosexuelle oder Hermaphroditen zu sehen sein? Aber das wären ja nur wieder neue Stereotypen.

Offenbar sind die Straßburger Diätenkönige schon so abgehoben, daß sie gar nicht mehr merken, wie absurd ihre Beschlüsse sind. Harmlos ist das dennoch nicht. Selten wird so unverblümt zugegeben, daß Fernsehwerbung als Propagandawerkzeug betrachtet wird, mit dem bestimmte Ideologien in die Köpfe gepflanzt werden sollen.

Das ist tendenziell totalitär. Und deswegen muß Schluß sein mit diesem Unfug. Kein Politiker, kein Eurokrat hat das Recht, den Menschen vorzuschreiben, wie sie ihren Alltag meistern.

< Verboten – wenn's nach der EU geht...

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!



Einfach ausschneiden, ausfüllen, einküvertieren und absenden an folgende Adresse:

DIE

REPUBLIKANER

Bundesverband

Postfach 520129, 48087 Münster

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband

Postfach 870210, 13162 Berlin

Telefon (0 1805) 737-000 (14 ct./min.)

Fax (0 1805) 737-111 (14 ct./min.)

E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de

V.i.S.d.P.: U. Winkelsetz

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER **REP**

**RICHTIGE
EHRliche
POLITIK**

Spendenkonto Nr. 387 450 460

Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46)

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.